

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen.

Der Landesparteitag der Bremer SPD möge beschließen.

Situationen von Schulabgänger*innen aus Bedarfsgemeinschaften verbessern! – Zukunftschancen schaffen!

Wir fordern den Bremer Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die bremischen SPD-MdBs auf, sich dafür einzusetzen, dass junge Erwachsene (bis 25 Jahre) aus Bürgergeld-Haushalten ihr Arbeitseinkommen anrechnungsfrei behalten dürfen. Dies soll für Schulabgänger*innen in der Übergangszeit bis zum nächstmöglichen Studien- oder Ausbildungsbeginn gelten.

Zudem sollen Schüler*innen im Alter von 14 Jahren Informationen per Post über die Freibeträge von Minijobs erhalten, weitere Informationen sollen z.B. in Form von Flyern an Schulen ausgelegt werden. Zusätzlich muss besser an junge Menschen kommuniziert werden, dass diese Anspruch auf eine persönliche Beratung durch eine*n Berater*in der Jugendberufsberatung besitzen. Auch diese Beratung muss über Problematik von Freibeträgen aufklären.

Bessere Aufklärung und höhere Freibeträge bleiben mittelfristig nur ein Provisorium. Umso mehr müssen Bremer Senat, SPD-Bürgerschaftsfraktion und die bremischen SPD-MdBs sich für die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung einsetzen. Diese muss unabhängig vom Bürgergeldbezug der Eltern gestaltet werden.

Begründung:

Durch die Einführung des Bürgergeldes hat sich zwar der Freibetrag bei Minijobs und Ausbildungsverhältnissen für Jugendliche erhöht. Trotzdem gibt es für Jugendliche Hemmnisse, nach dem Verlassen der Schule eine Beschäftigung aufzunehmen. Denn junge Erwachsene in Haushalten mit Bürgergeldbezug, die gerade ihre schulische Ausbildung beendet haben, sind immer noch Teil der Bedarfsgemeinschaft. Vielen jungen Menschen, die beispielsweise nach der Schule zunächst Geld für einen Auszug oder ein Studium sammeln möchten, wird ein Start in das Berufsleben erschwert. Junge Erwachsene sollten sich unabhängig von ihren Eltern weiterentwickeln können. Vor allem wenn die Eltern nicht mal die finanziellen Mittel haben, um ihren Kindern ein Studium oder einen Umzug zu ermöglichen. Junge Erwachsene haben zudem oftmals die Befürchtung, ihren Eltern mit ihren beruflichen Wünschen zur Last zu fallen, deshalb sollten wir ihnen auch die Möglichkeit bieten, sich zu verwirklichen.